

# Die Etappenschlappe

**Die griechische Syriza-Regierung hat gegen die schiere Allmacht einer deutsch geführten EU eine Niederlage erlitten. Die europäische Linke hat deren Fehler zu analysieren und aus ihnen zu lernen.**

*Thomas Sablowski*

---

*»Woran arbeiten Sie?« wurde Herr K. gefragt. Herr K. antwortete: »Ich habe viel Mühe, ich bereite meinen nächsten Irrtum vor.«*

Bertolt Brecht

Die »Vereinbarung« zwischen der griechischen Regierung und der Euro-Gruppe vom 12. Juli 2015 markiert zweifellos eine Niederlage nicht nur für Syriza, sondern für die Linke und die beherrschten Klassen in ganz Europa. Daran gibt es nichts zu beschönigen, auch wenn das griechische Verhandlungsteam für sich in Anspruch nehmen kann, noch das eine oder andere Zugeständnis herausgehandelt zu haben. Das Hauptziel, das Syriza verfolgt hat, nämlich die Austeritätspolitik zu beenden, wurde nicht erreicht. Klar ist, dass die gegenwärtige Situation Resultat der europäischen und globalen Kräfteverhältnisse ist. Da sowohl die Interessen der herrschenden Klassen als auch die Interessen der beherrschten Klassen widersprüchlich sind und der Klassenkampf sich immer in unterschiedliche Richtungen entwickeln kann, war keineswegs von vornherein klar, wie der Verhandlungsprozess zwischen der griechischen Regierung und den Gläubigern ausgehen würde.

Zunächst ist festzuhalten, dass der Wahlsieg von Syriza nicht einfach nur Resultat der ökonomischen und politischen Krise Griechenlands war, sondern auch Resultat einer spezifischen Strategie der Partei. Syriza hat mit einem bewusst relativ moderat gehaltenen, knappen Wahlprogramm über das klassische linke Milieu hinaus in breiten Kreisen der Bevölkerung Zustimmung gewonnen: Die Partei versprach vor allem, die Austeritätspolitik zu beenden, ohne die Euro-Zone zu verlassen, die humanitäre Krise durch ein Sofortprogramm zu bekämpfen, d.h. für Hunderttausende von Menschen wieder den Zugang zu ärztlicher Versorgung, zu ausreichenden Lebensmitteln und Medikamenten, zur Stromversorgung herzustellen, mit den Gläubigern einen Schuldenschnitt auszuhandeln, die Massenarbeitslosigkeit durch ein Investitionsprogramm zu bekämpfen und die Reichen zur Kasse zu bitten. Das sogenannte Programm von Thessaloniki, das auf eine Wahlkampfreden von Alexis Tsipras in der nordgriechischen Stadt zurückgeht bzw. dort präsentiert wurde, umfasste nur wenige Seiten – im Unterschied etwa zu den Wahlprogrammen deutscher Parteien.

## Politische Macht

Außerparlamentarische linke Gruppen heben gerne hervor, dass der Wahlsieg von Syriza erst möglich wurde durch die jahrelangen Kämpfe in der Gesellschaft gegen die herrschende Krisenpolitik, durch die sozialen Bewegungen und die vielen Solidaritätsinitiativen. Dies ist sicherlich richtig, und hier ist festzuhalten, dass

viele Mitglieder von Syriza aktiv in diesen Zusammenschlüssen mitgearbeitet und so eine organische Verbindung von Partei und Bewegungen hergestellt haben. Dass die Kämpfe der sozialen Bewegungen die Voraussetzung für den Wahlsieg von Syriza waren, ist aber auch nur die halbe Wahrheit. Seit 2012 war in Griechenland ein Abschwung der Massenbewegungen zu verzeichnen. Nach unzähligen Streiks und Demonstrationen gegen die herrschende Krisenpolitik hatten sich zunehmend Ratlosigkeit und Lähmung breitgemacht, weil es nicht gelungen war, einen Politikwechsel durchzusetzen. Die Hoffnung auf die Wahlen und einen Sieg der oppositionellen Kräfte war sozusagen der letzte Strohalm, an den sich die Massen klammern konnten.

Dass Syriza die Wahlen in einer Situation der Ermattung der sozialen Bewegungen gewann, ist aber ein Problem. Denn so wie die außerparlamentarischen Bewegungen die Machtfrage nicht ohne parlamentarischen Arm stellen konnten, so gilt auch umgekehrt, dass die Eroberung der Regierung nicht ausreicht, um die Machtfrage zu stellen, wenn nicht parallel ein Prozess der Selbstorganisation der subalternen Klassen und der Bildung autonomer Machtzentren stattfindet. Die Hoffnung bestand darin, dass die Umsetzung des Sofortprogramms von Syriza den Lohnabhängigen deutlich machen würde, dass die herrschenden Verhältnisse nicht in Stein gemeißelt sind und dass dies zu einer Mobilisierung führen würde, in deren Verlauf weitergehende Forderungen gestellt und durchgesetzt werden könnten. Man muss jedoch nüchtern feststellen, dass der Wahlsieg von Syriza bisher nicht zu einer großen gesellschaftlichen Mobilisierung geführt hat.

Der Wahlsieg von Syriza wurde auch dadurch möglich, dass die Partei mit Alexis Tsipras über einen charismatischen Kopf an der Spitze verfügte. Die Kehrseite der Repräsentation der Bedürfnisse der Massen, die sich in seiner Person verdichtet, ist aber die Passivität der Massen: Viele haben sich darauf verlassen, dass der Politiker, dem sie vertrauten, in der Lage ist, die Probleme zu lösen. Diese Hoffnung wurde auch durch Reden von Tsipras immer wieder bestärkt, wenngleich Politiker von Syriza oft genug darauf hinwiesen, dass die Partei ohne außerparlamentarische Massenbewegungen und ohne Unterstützung auf der europäischen Ebene ihre Ziele nicht würde durchsetzen können. Das grundsätzliche Dilemma besteht darin, dass linke Politik nur auf der Basis von Massenbewegungen durchsetzungsfähig ist, dass aber nicht von einer permanenten Massenmobilisierung ausgegangen werden kann. Die meisten Menschen sind im Alltag dermaßen mit ihrer Erwerbsarbeit, der Reproduktion ihrer Arbeitskraft, mit familiären und sonstigen Problemen beschäftigt, dass sie froh sind, wenn jemand anderes sich um ihre politischen Interessen kümmert. Politische Delegation entlastet. Hinzu kommt, dass die Kette von Niederlagen in der neoliberalen Ära, die jahrzehntelange Erfahrung der Unabwendbarkeit der Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen bei Teilen der Arbeiterklasse zu einer generellen Politikverdrossenheit geführt hat. Eigenes Engagement erscheint vielen als aussichtslos. Die Krise hat nicht nur zur politischen Mobilisierung von Teilen der Bevölkerung geführt, sondern bei vielen auch die Apathie verstärkt.

### **Taktische Fehleinschätzung**

Die Passivierung der Massen wurde durch die Entscheidung von Syriza verstärkt, zunächst alle Kräfte auf die Auseinandersetzung mit den Gläubigern zu konzentrieren, um einen Brückenkredit und eine Umschuldung bzw. Schuldenstreichung zu erreichen. Wenn man sich die Bilanz von mehr als fünf Monaten Syriza-Regierung anschaut, so ist festzustellen, dass überraschend wenig von ihrem Programm umgesetzt wurde, dass nur wenige Gesetze im Parlament verabschiedet wurden. Gewiss, sie hat ein Gesetz zur Bekämpfung der humanitären Krise verabschiedet, das den Zugang zu den Krankenhäusern, zur Stromversorgung, zu ausreichenden Lebensmitteln für Hunderttausende von Menschen wieder herstellen sollte. Allerdings wurden für diese Maßnahmen nur 200 Millionen Euro bereitgestellt, während ursprünglich drei Milliarden dafür veranschlagt worden waren. Die Regierung hat die 595 Putzfrauen des Finanzministeriums wieder eingestellt, deren Kampf gegen die Entlassung über mehr als ein Jahr eine hohe symbolische Bedeutung hatte. Sie hat

das Staatsbürgerschaftsrecht geändert, so dass in Griechenland geborene Kinder von Immigranten nun die griechische Staatsbürgerschaft bekommen. Sie hat den staatlichen Rundfunk- und Fernsehsender *ERT*, den die Vorgängerregierung in einer Nacht- und Nebelaktion geschlossen hatte, wieder in Betrieb genommen. Sie hat begonnen, die Steuerhinterziehung konsequenter zu bekämpfen. Aber strukturelle Steuerreformen wurden bisher zurückgestellt. Wenn man die Regierungstätigkeit insgesamt betrachtet, so entsteht der Eindruck, dass bewusst versucht wurde, größere Konflikte im Inneren zu vermeiden, um möglichst großen gesellschaftlichen Rückhalt in den Verhandlungen mit den Gläubigern zu haben. Die griechische Bourgeoisie wurde bisher von der Regierung noch nicht substantiell angegriffen. Dies wurde indirekt jüngst auch durch Tsipras bestätigt, der am Ende seiner Erklärung zu der »Vereinbarung« vom 12. Juli versprach, jetzt im Inneren so hart gegen die Oligarchie zu kämpfen, wie er zuvor in Europa gekämpft habe, um das bestmögliche Resultat zu erzielen. Bisher wurde eher versucht, auch die Unternehmer zu gewinnen, wie man z.B. verschiedenen Äußerungen von Gianis Varoufakis entnehmen kann. Es kann bezweifelt werden, dass die Taktik, die Auseinandersetzungen im Inneren zurückzustellen, sich positiv auf die Verhandlungen mit den Gläubigern ausgewirkt hat. Diese haben sich von der vermeintlichen Geschlossenheit Griechenlands, die Tsipras auch durch die Einbindung der Oppositionsparteien unmittelbar nach dem Referendum vom 5. Juli zu demonstrieren versuchte, nicht beeindrucken lassen.

### **Statuiertes Exempel**

Der Führung von Syriza war einerseits klar, dass die anderen Staatsführungen in Europa kein Interesse daran haben konnten, dass eine linke Regierung in Griechenland einen Politikwechsel weg von der Austeritätspolitik, weg vom Neoliberalismus durchsetzt. Andererseits ging sie davon aus, dass es innerhalb der herrschenden Klassen widersprüchliche Interessen gibt, und dass die Ausnutzung dieser Widersprüche in den Verhandlungen dazu führen könnte, doch Zugeständnisse zu erreichen. So setzte Athen darauf, dass Washington, die anderen Regierungen der Euro-Gruppe und die »Troika« selbst daran interessiert sein würden, einen griechischen Staatsbankrott zu vermeiden, da dieser mit unkalkulierbaren (geo-)politischen Folgen verbunden wäre. Ein Ausscheiden Griechenlands aus der Währungsunion könnte eine Kettenreaktion auslösen, zu deren Zerfall wie zu enormen ökonomischen und politischen Verwerfungen führen. Südosteuropa würde destabilisiert und der Schulterchluss der Staaten des »Westens« gegenüber Russland und China möglicherweise unterminiert. Tatsächlich haben auch Vertreter der herrschenden Klassen immer wieder auf diese Gefahren hingewiesen, wenn es nicht zu einer Einigung kommen sollte. Nicht zuletzt die US-Regierung hat aus diesen Gründen mehrfach auf eine Einigung gedrängt. Dennoch hat sich das Kalkül der griechischen Regierung, substantielle Zugeständnisse erreichen zu können, als falsch erwiesen. Dies hat mehrere Ursachen. Zum einen ist die Neigung in Russland und China, sich auf die Seite Griechenlands und gegen den Rest der EU zu stellen, gering. Russland wäre zwar angesichts seiner Konflikte mit dem Westen bezüglich der Ukraine gegenwärtig durchaus daran interessiert, einen Keil in die EU zu treiben. Andererseits ist die EU als Handelspartner sowohl für Russland als auch für China weitaus wichtiger als das kleine Griechenland. Warum also wegen Griechenland eine Verschlechterung der Beziehungen zur EU riskieren? Die chinesische Regierung hat auch deutlich gemacht, dass sie den Konflikt als ein innereuropäisches Problem betrachtet, d.h. sich da nicht einmischen wird. Die geopolitische Karte hätte im übrigen nur stechen können, wenn Athen einen »Grexit« als Plan B glaubhaft angedroht, d.h. ernsthaft in Erwägung gezogen hätte. Zwar hatte Syriza den Wahlkampf auch unter dem Slogan »Keine Opfer für den Euro« geführt, also einen Verbleib in der Euro-Zone um jeden Preis abgelehnt. Und Varoufakis hatte, wie er in einem Interview für die britische Wochenzeitung *New Statesman* unmittelbar vor dem Abkommen vom 12. Juli (deutsch in der Zeitung *Neues Deutschland* vom 16. Juli) klarmachte, mit einigen Mitarbeitern im Finanzministerium einen Plan für den Grexit ausgearbeitet. Aber letztlich entschied sich der engste Kreis um Tsipras dagegen. Daher wurde die griechische Gesellschaft darauf auch nicht vorbereitet.

Die Hoffnung, dass die griechische andere Regierungen auf ihre Seite ziehen könnte, weil diese ebenfalls

Probleme mit der Austeritätspolitik haben, hat sich ebenfalls nicht erfüllt. Vielmehr brachte Berlin alle anderen auf Linie. Zumindest vor dem Referendum vom 5. Juli traten die 18 anderen Regierungen in der Euro-Gruppe geschlossen gegen die griechische auf. Erst durch die Abstimmung, bei der sich mehr als 61 Prozent der griechischen Wähler gegen die Forderungen der Gläubiger nach weiteren Rentenkürzungen, Mehrwertsteuererhöhungen, Privatisierungen etc. aussprachen, traten die Unterschiede in der Euro-Gruppe stärker hervor. Dies ist ein Beispiel für den allgemeinen Zusammenhang, dass die Widersprüche innerhalb der herrschenden Machtblöcke und zwischen ihnen sich umso mehr verschärfen, je stärker die beherrschten Klassen in die Offensive kommen. Nach dem Referendum artikulierten die Regierungen der USA, Frankreichs, Italiens und einiger weiterer Länder deutlicher ihren Dissens mit der deutschen Regierung und dem von ihr geführten Block. Dennoch blieb der Widerspruch zu der deutschen Linie so verhalten, dass im Ergebnis die Forderungen an Griechenland im Hinblick auf weitere Privatisierungen, Souveränitätsverzicht und Vorleistungen wie Rentenkürzungen und Mehrwertsteuererhöhungen vor erneuten Verhandlungen noch erhöht wurden.

Berlin hat sich entschieden, sich nicht durch einen möglichen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone erpressen zu lassen, sondern seinerseits dem Land den Hinauswurf anzudrohen. Dieser Kurs wurde maßgeblich von Wolfgang Schäuble und dem Bundesbankchef Jens Weidmann verfolgt, aber letztlich auch von Angela Merkel und Sigmar Gabriel unterstützt. Es ist wichtig zu verstehen, dass diese Entscheidung der deutschen Regierung nicht einsam und von heute auf morgen getroffen wurde, sondern eingebettet ist in einen Diskurs, der sich über einen langen Zeitraum entwickelt hat. Die Entscheidung ist auch nicht nur dem fanatischen Beharren deutscher Juristen auf den einmal getroffenen Regeln der Währungsunion (Regeln, die im übrigen von Deutschland selbst gebrochen wurden und werden) und dem ebenso fanatischen Beharren deutscher Ökonomen auf einer extrem starren neoliberalen Wirtschaftspolitik zu verdanken, sondern hat eine materielle Basis insofern, als die Euro-Zone für die deutsche Wirtschaft relativ an Bedeutung verloren hat. Schon vor der Krise ist der Außenhandel Deutschlands mit Ländern außerhalb der Währungsunion und der EU schneller gewachsen als innerhalb. Diese Entwicklung hat sich durch die Krise noch beschleunigt. Das heißt nicht, dass der Euro und die EU für das deutsche Kapital nicht wichtig bleiben. Aber das Gewicht des europäischen Binnenmarkts in der Weltwirtschaft nimmt ab. Die EU ist für das deutsche Kapital vor allem wichtig als Sprungbrett für die globale Expansion. Sie fungiert als Verstärker zur Durchsetzung der politischen und ökonomischen Interessen des deutschen Kapitals, aber auch der anderen europäischen Kapitale in der Welt. Deshalb geht es bei der Austeritätspolitik auch nicht nur, ja in der gegenwärtigen Situation nicht einmal vorrangig, um die Haushaltskonsolidierung, sondern vor allem um die sogenannten Strukturreformen zur Steigerung der »Wettbewerbsfähigkeit«. Die Austeritätspolitik dient dazu, in der gesamten EU die Löhne zu senken, die Profitabilität zu erhöhen und die Position des deutschen und europäischen Kapitals in der Weltmarktkonkurrenz zu verbessern. Es ist eine entscheidende Schwäche der überwiegend keynesianisch argumentierenden deutschen Linken, dass sie aus einer an der effektiven Nachfrage orientierten Perspektive die Austeritätspolitik immer nur als irrational darstellt und nicht ihre Bedeutung für den Klassenkampf herausarbeitet. Der griechische Binnenmarkt spielt eine ganz untergeordnete Rolle für die Interessen des deutschen und europäischen Kapitals. Viel wichtiger ist es, an Griechenland ein Exempel zu statuieren, dass eine Alternative zum Neoliberalismus in der EU mit allen Mitteln unterbunden wird.

Umgesetzt wurde die Erpressung der griechischen Regierung mit den Mitteln der EZB. Man kann davon ausgehen, dass diese trotz ihrer »Unabhängigkeit« ihre Entscheidungen immer in enger Abstimmung und mit Rücksicht auf die Interessen der maßgeblichen europäischen Regierungen getroffen hat. Das heißt nicht, dass sich die deutschen Hardliner im Rat der EZB in jedem Einzelfall durchsetzen konnten. Die Geldpolitik der EZB ist insgesamt nicht so restriktiv, wie die deutsche Bundesbank sich das wünscht. Aber gegenüber Griechenland hat sich die deutsche Linie letztlich durchgesetzt.

## **Finanzielle Strangulierung**

Schon seit dem 11. Februar akzeptiert die EZB griechische Staatsanleihen nicht mehr als Sicherheiten bei der Refinanzierung der Banken. Dadurch hat sie den griechischen Banken den Geldhahn halb zugedreht. Seitdem sind sie auf die Emergency Liquidity Assistance (ELA) der griechischen Notenbank angewiesen, die ihre einzige verbliebene Refinanzierungsquelle ist und für die höhere Zinsen fällig sind als für die reguläre Refinanzierung durch die EZB. Die ELA ist von der Genehmigung der EZB abhängig. Die finanzielle Strangulierung der griechischen Banken trug maßgeblich dazu bei, dass Athen das Abkommen vom 20. Februar mit den Gläubigern unterzeichnete, in dem es sich unter anderem verpflichtete, keine finanzwirksamen Maßnahmen ohne Absprache mit den Gläubigern zu ergreifen. Dies stand im Widerspruch zu dem Wahlversprechen Syrizas, dass das Sofortprogramm zur Bekämpfung der humanitären Krise nicht verhandelbar sei.

Die EZB hat die Strangulierung der griechischen Banken weiter vorangetrieben, indem sie der griechischen Notenbank die ELA mehrfach nicht in der beantragten Höhe, sondern nur in einem geringeren Umfang bewilligt hat. Dadurch wurde der Druck auf die griechische Regierung so stark erhöht, dass diese am 22. Juni schließlich einwilligte, Mehrwertsteuererhöhungen, Rentenkürzungen und andere von den Gläubigern geforderte Maßnahmen durchzuführen, was zu einer Zerreißprobe für Syriza führte. Als die Gläubiger die Zugeständnisse dennoch nicht akzeptierten, sondern ganz offenbar auf ihren Sturz setzten, ging die Regierung mit der Ankündigung des Referendums noch mal in die Offensive. Die EZB reagierte darauf am 28. Juni mit der Entscheidung, die ELA nunmehr auf dem bisherigen Niveau zu deckeln. Die Auszehrung der griechischen Banken hatte bereits den Punkt erreicht, an dem ihre zeitweilige Schließung, die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen und die Deckelung der Barabhebungen an den Geldautomaten erzwungen wurden. Die Gegner von Syriza setzten darauf, dass die griechische Bevölkerung gegen die Regierung aufstehen würde, wenn es an den Bankautomaten kein Geld mehr gäbe und die Leute nicht mehr einkaufen könnten. Die Angst vor dem totalen Zusammenbruch der gesellschaftlichen Reproduktion wurde auch von den privaten Massenmedien in Griechenland kräftig geschürt, die Schlangen von Menschen vor den Geldautomaten zeigten. Trotzdem hat sich eine große Mehrheit der Wähler nicht erpressen lassen und die Forderungen der Gläubiger zurückgewiesen. Unmittelbar nach dem Referendum konnte Tsipras mehrere Oppositionsparteien für eine gemeinsame Stellungnahme zu den Verhandlungen mit den Gläubigern gewinnen. Durch diese Schachzüge haben sich Tsipras und die Führung von Syriza als großartige Taktiker erwiesen und die drohende Isolation und Spaltung der Partei sowie den unmittelbar bevorstehenden Sturz der Regierung noch einmal abgewendet. Aber dieses taktische Glanzstück konnte natürlich nicht über das strategische Problem hinwegtäuschen, dass sie keinen Plan B für einen eventuellen Austritt aus der Euro-Zone hatte, sich vielmehr festgelegt hatte, diesen unter allen Umständen zu vermeiden und insofern auch der Erpressung durch die finanzielle Strangulierung des Landes nichts entgegensetzen konnte. Unmittelbar nach dem Referendum erhöhte die EZB die Hürde für die ELA abermals, indem sie von den griechischen Geldhäusern noch höhere Sicherheiten forderte. Dadurch konnten die Banken weiterhin nicht geöffnet werden, und es entstanden enorme volkswirtschaftliche Schäden, die dazu führten, dass nun der Kreditbedarf des Landes umso größer ist. Die EZB hat also ihre Funktion als Lender of last resort gegenüber den griechischen Banken nicht erfüllt, sondern vielmehr ganz bewusst eine neue Banken- und Wirtschaftskrise herbeigeführt. Schäuble tat das Seine, indem er nochmals höhere Forderungen formulierte und offen den Grexit forderte, falls es keine Bereitschaft gebe, diese Forderungen zu akzeptieren. Unter diesem Druck kapitulierte die Regierung schließlich und unterzeichnete die »Vereinbarung« vom 12. Juli, die sie selbst für schlecht hält.

## **Deutsches Europa**

Die deutsche und europäische Linke und die Gewerkschaften haben nicht genug in die Waagschale geworfen, um Syriza zu unterstützen und eine solidarische europäische Lösung der Finanzkrise zu erzwingen. Gerade das Kräfteverhältnis in Deutschland ist aber wichtig, da Deutschland in der EU dominanter denn je ist. Die Entwicklungen zeigen, dass sich die deutsche Regierung weiterhin auf das erfolgreiche Exportmodell und die

Einbindung relevanter Teile der Lohnabhängigen stützen kann. Dem hat die Linke bisher wenig entgegenzusetzen.

Doch die Erpressung der griechischen Regierung könnte sich als Pyrrhussieg erweisen. Die Widersprüche der europäischen Integration sind nun scharf hervorgetreten. Die griechische Krise wird auch mit einem dritten Memorandum nicht gelöst, wird sich vielmehr weiter verschärfen. Und die griechischen Probleme sind noch gering im Verhältnis zu anderen, vor denen die EU steht. Sowohl die rechte als auch die linke Opposition gegen die Politik der EU wird in vielen Ländern stärker. Die deutsche Bourgeoisie ist in der EU dominant, aber sie scheint unfähig, eine hegemoniale Rolle zu übernehmen, wie sie die USA auf globaler Ebene lange hatten und in gewisser Weise immer noch haben. Das hängt wesentlich mit dem auf hohe Exportüberschüsse fixierten deutschen Wachstumsmodell zusammen, das die Weltwirtschaft und vor allem die EU zunehmend destabilisiert. Die deutsche Regierung will die gesamte EU zwingen, dieses Modell zu übernehmen, was aufgrund der hierarchischen internationalen Arbeitsteilung, der unterschiedlichen Produktionsstrukturen und sonstigen gesellschaftlichen Voraussetzungen auf Dauer einfach nicht funktionieren kann. Selbst wenn zu diesem Zweck weitere Integrations Schritte durchgesetzt werden, wie sie jetzt mit dem Papier »Die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden« von Jean-Claude Juncker, Mario Draghi, Jeroen Dijsselbloem, Donald Tusk und Martin Schulz vorgeschlagen worden sind, werden gleichzeitig die Desintegrationstendenzen stärker werden.

Die deutsche und europäische Linke wird nach den jüngsten Erfahrungen ihr Verhältnis zur europäischen Integration überdenken müssen. Von Schäuble und anderen Gegnern kann die Linke lernen, dass die Herrschenden bereit sind, die Form der europäischen Integration zu ändern und diese letztlich zur Disposition zu stellen, um den Klassencharakter ihrer Politik zu verteidigen. Es bleibt zwar richtig, gegen die autoritär-neoliberale Politik der EU die Neubegründung eines sozialen und demokratischen Europas von unten zu fordern, doch die Linke muss sich auch der Frage stellen, wie dies durchgesetzt werden soll. Die neoliberale Politik ist in der Verfassung der EU dermaßen verankert, dass sie auf europäischer Ebene nur im Zuge EU-weiter Aufstände zu ändern sein dürfte. Die Entwicklung der politischen Krise in Europa zeigt aber, wie groß die Ungleichzeitigkeit zwischen den einzelnen Ländern dabei ist. Die Linke muss daher europapolitisch wesentlich flexibler werden, um zu verhindern, dass eine linke Regierung wie in Griechenland noch einmal in eine Falle läuft. Ein Zerfall der EU ist unter den gegebenen Bedingungen sicher nicht wünschenswert, weil sich dann reaktionäre Nationalismen noch stärker artikulieren können. Andererseits ist die Erhaltung dieser EU und der Währungsunion auch kein Wert an sich. Maßstab für sinnvolle Schritte der europäischen Integration oder der Rücknahme bestehender Integrationsformen sollten die Interessen der beherrschten Klassen und sozialen Gruppen sein. Die EZB ist eine furchtbare Waffe in den Händen der Herrschenden gegen eine linke Regierung, wie die gegenwärtige Auseinandersetzung zeigt. Weitere Souveränitätsübertragungen von den Nationalstaaten auf die EU sollten bekämpft werden, solange es nicht zu einer durchgreifenden Demokratisierung der EU kommt.

**Thomas Sablowski ist Mitarbeiter des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit dem Schwerpunkt Politische Ökonomie der Globalisierung und Mitglied der Redaktion der Zeitschrift *Prokla*.**

---

<http://www.jungewelt.de/2015/07-18/014.php>